

chaftzula
1879: 1 506 54
2 062 615 44
heren m.
den Todesstrafe
der ordentlichen
ich die Bräutlein
nerte erhält sonst
lichen Jahresheft
bezieht von da an
günstigen Befolge
elbst, sowie deren
ul Rindfleisch
obert Ferdinand
age,
von Anhalt.
12.
Neubreit
Journal in
be.
Originalman
Hähet, Hiet,
Kleine Ausgabe
in Heft in elegan
tirten Titel, enthal
der Beilage mit
Illustration.
Vierzehnjährlich 4 B
ndlungen und Posten
EBHARDT in
Casino
8. August 1883
Krummbühl
Wige Sem
er-Comp
8. August 1883
Uebung.
ung des Reich
Händlicher
igen Kameraden
er, abend 8 Uhr
Vorträge und
Vorträge und
über die Verfa
Vorträge und
mit Inhalt
Vorträge und
8. August 1883
mmermünd, die
gangen. Der
einung beim
Vorträge und
8. August 1883
leider zum

Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

M 155.

Donnerstag den 9. August.

1883.

Der Handelsvertrag mit Spanien und die Reichsverfassung.

Fürst Bismarck ist, seit er sich zu der Schutzpolitik bekehrt hat, prinzipiell kein Freund mehr von Handelsverträgen. Er ist der Meinung, daß einer der beiden vertragschließenden Theile immer der Betrogene sei, und wer dies sei, stelle sich oft erst nachträglich heraus. Wir meinen nun zwar, daß dies nicht richtig ist, daß vielmehr jede Erleichterung des Verkehrs beiden Theilen zu gute kommt. Daß dies der Fall, dafür ist schon ein Beweis, daß seit dem Abschluß des ersten Conventionaltariffs mit Meißbegünstigung alle Culturstaaten, welche sich diesem System angeschlossen haben, ein vorher kaum geahntes Aufblühen ihrer Industrien und ihres Handels erlebt haben. Wäre aber jene Auffassung des Fürsten Bismarck richtig, so würde bei dem vor wenigen Wochen zum Abschluß gelangten Handelsvertrag mit Spanien jedenfalls Deutschland der Betrogene Theil sein. Denn Deutschland hat Spanien gegenüber weit größere Concessionen machen müssen, als diejenigen sind, zu denen sich Spanien verhalten hat.

Nach unserer grundsätzlichen Auffassung wird, wie gesagt, der Handelsvertrag mit Spanien, trotzdem wir manche Bestimmungen desselben anders gewünscht hätten, nicht nur für Spanien, sondern auch für Deutschland von Vortheil sein. Die eine Anzahl von Industrien war derselbe durchaus notwendig, nachdem einige andere Länder mit Spanien besondere Verträge abgeschlossen und für ihre Industrie wesentliche Herabsetzungen des spanischen Generaltariffs erzielt hatten. Jene spanischen Industriezweige, welche sich in Spanien in gutes Absatzgebiet errungen haben, würden vielleicht einbüßen, wenn sie längere Zeit durch dort höhere Eingangszölle bezahlen müßten, als ihre Concurrenten. Nun der Vertrag, welcher vor diesem Schicksal bewahrt, zu Stande gekommen, ist es darum auch sehr natürlich, daß er nach dem möglichst schleunigen Inkrafttreten selber sich sehnen. Es giebt sogar Stimmen, welche fordern, daß der Vertrag von der Reichsregierung in Kraft gesetzt werde, ohne daß der Reichstag vorher seine verfassungsmäßig unbedingt erforderliche Zustimmung gegeben hat. Das ist jedoch eine ganz ungeheuerliche Zumuthung, welche nicht stark genug zurückgewiesen werden kann.

So wichtig die Interessen der Industrie sein mögen, welche hier in Frage kommen; die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes und seiner Vertreter müssen um höher stehen als sie. Die Verordnungen einzelner Industriezweige sind tief zu beklagen, aber sie erreichen nach kürzerer oder längerer Zeit ein Ende; ist aber um bestimmter Interessen willen die Verfassung gebeugt, so ist dies verhängnißvoll für unsere ganze Zukunft. Denn wenn das Recht der Vertretung des deutschen Volkes in diesem einen Falle unbeachtet gelassen so kann dies und wird wahrscheinlich auch in Zukunft geschehen.

Wenn die Reichsverfassung einen Artikel enthält, welcher das vorläufige Inkrafttreten von Verträgen in Ausnahmefällen ermöglichte — die deutsche Verfassung enthält bekanntlich eine solche Bestimmung — so ließe sich gegen den vor-

geschlagenen Modus auch in diesem Falle nicht viel einwenden. Die Reichsverfassung enthält aber eine solche Bestimmung nicht, es ist nach ihr zu jedem Gesetz, zum Inkrafttreten jedes Vertrages die Zustimmung vom Bundesrath und Reichstag erforderlich; die Verfassung giebt nirgend die geringste Handhabe dazu, daß hiervon in einzelnen Fällen abgesehen werden könnte. Das Inkrafttreten des Vertrages mit Spanien wäre einfach ein Verfassungbruch, und auch die Gegner der augenblicklichen Politik werden für einen solchen nicht zutrauen.

Es giebt nur einen Weg, den Handelsvertrag mit Spanien schon in alternäthcher Zeit in Kraft treten zu lassen. Das ist die Einberufung von Bundesrath und Reichstag. Das Betreten dieses Weges würde für die überarbeiteten Parlamentarier wie für manche Mitglieder der Bundesregierungen sehr unangenehm sein. Dieser Uebelstand ist recht groß; aber er ist sehr klein gegenüber der Frage, ob, um ihn zu umgehen, ein Verfassungbruch begangen werden sollte.

Wie weit wir schon gekommen sind, ersehen wir daraus, daß Correspondenzen und Blätter, welche als offiziös gelten, der Reichsregierung bezüglich des spanischen Handelsvertrages Absichten zuschreiben, welche den Verfassungsbruch involviren würden, ja diesen als etwas Selbstverständliches hinstellen. Wo — sagen sie — so wichtige Interessen auf dem Spiele stehen, da kann das „formale“ Recht des Reichstags kein Hinderniß sein. Ja selbst angeblich „liberale“ Correspondenten giebt es, welche jene Verleumdung der Reichsregierung einfach nachsprechen, ohne ein Wort des Vorbehalts hinzuzufügen.

In unserer Epoche der Interessenpolitik kann man nicht ernst genug Verwahrung einlegen gegen die Anschulldigung der Regierung, daß sie einen Bruch der Verfassung beabsichtige, die unser junges deutsches Staatswesen zusammenhält und auf welcher die Rechte der Regierungen ebenso wie die der Vertretung des deutschen Volkes beruhen.

Politische Uebersicht

Unsere im vorstehenden Leitartikel niedergelegten Ansichten scheinen sich überraschend schnell als zutreffend zu erweisen. Nach den Ausführungen der „N. N. Z.“ wird der Reichstag „sofort und noch vor Mitte dieses Monats“ zu einer außerordentlichen Session berufen werden, falls Spanien zur „factischen und provisorischen Herstellung der gegenseitigen Zollbehandlung auf dem Fuße der Vertragsbestimmungen nicht geneigt sein sollte.“ Die Regierung hält es also zwar für thunlich, die Bestimmungen des Vertrages vor Beschlußnahme der gesetzgebenden Körperschaften in Kraft zu setzen, doch nur provisorisch und widerständig, und nur wenn Spanien die immerhin fragliche Zustimmung ertheilt. Im andern Falle würde die Regierung nicht daran denken, etwas zu unternehmen, was gegen den klaren Wortlaut unserer Verfassung verstößt.

Die deutschfeindlichen Elemente Oesterreichs haben einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Wie aus Prag telegraphisch gemeldet wird, hat der böhmische Landtag den Kommissionsantrag betreffend die Wahlreform nach lebhafter Debatte mit allen

Stimmen gegen die Stimmen der deutschen Linken genehmigt. Die von den Tschechen gewünschte Wahlreform, mit deren Ausarbeitung jetzt der tschechische Landesausschuß betraut werden soll, bezweckt bekanntlich die Deutschen in Böhmen in ein annähernd gleiches Verhältnis zu den Tschechen zu bringen, wie es in Galizien zwischen Ruthenen und Polen besteht. Der scheidungskommissarische Grundbesitz, welcher etwa 20 Stimmen zählt, soll das Recht haben, 16 Abgeordnete zu wählen, der nichtscheidungskommissarische soll in fünf Gruppen zertheilt werden, und zwar derart, daß die Tschechen und Feudalen stets einer Zweidrittelmajorität sicher wären, der Wahlsensus soll herabgesetzt und schließlich sollen durch eine neue Wahlkreisgeometrie in den gemischtsprachigen Bezirken den Tschechen einige neue Sitze erobert werden. Damit hoffen die Tschechen in den Besitz der Dreiviertel-Majorität im Landtage zu kommen, welche über die Verfassung souverän beschließen könnte.

Rußland giebt wieder einmal Veranlassung, von „Krieg in Sicht“ zu reden. Die Erweiterungsarbeiten der Festungen in Rußisch-Polen, welche im vergangenen Jahre in Angriff genommen worden sind, schreiten mit Riesenschritten vorwärts. Die Festung Warschau erhält nicht weniger als 16 neue Forts; ferner werden erweitert die Festung Mookin um 8, Zwangrod um 6 und Brzesk Litewski ebenfalls um 8 Forts. Große Aufmerksamkeit wendet die russische Regierung auch den Eisenbahnen im Königreich Polen zu strategischen Zwecken zu. Neben den in den letzten Jahren errichteten Strecken sollen in nächster Zeit noch neue Strecken errichtet werden, durch welche es ermöglicht werden soll, die Kriegsmacht im Königreich möglichst schnell nach verschiedenen Orten hin zu concentriren. Die gesammte Heeresmacht in Rußisch-Polen beträgt gegenwärtig über 80 000 Mann, eine Zahl, wie sie seit Jahrzehnten hier nicht bestanden. Kein Wunder daher, wenn in den verschiedenen Kreisen Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg auszuweichen, die indeß, wie wir glauben, eben so schnell wieder verschwinden werden.

England denkt nicht daran, Aegypten so bald wieder zu räumen. In Beantwortung mehrerer Fragen erklärte Gladstone am Montag im Unterhause, es habe sich nichts an den wiederholt ausgesprochenen Ansichten der Regierung, betreffend ihre Politik in Aegypten, geändert. Sie habe den fremden Mächten nie eine bestimmte Frist für den Rückzug der Truppen aus Aegypten angegeben, aber die fremden Mächte kannten genau die allgemeinen Absichten der Regierung, deren Mittheilung unter gehöriger Berücksichtigung der Umstände nicht als bloße Benachrichtigung für dieselben, sondern als Zusage der englischen Regierung angesehen werden könne. „Unser Wunsch ist, daß unserer Einmischung in die ägyptischen Verhältnisse dauernde Zustände folgen; unser Ziel besteht nicht nur darin, augenblicklich die Ruhe zu sichern, sondern auch die Gefahr zukünftiger Störungen abzuwenden. Der Ausbruch der Cholera hat das Werk der Reorganisation verzögert und verhindert mich, auf einen baldigen Rückzug der Truppen zu hoffen. Wenn wir Aegypten verlassen, müssen wir ein festes Gebäude als das von Arabi gestürzte zurücklassen.“

Spanien soll seine Ruhe wirklich wiedererlangt haben. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Madrid hat der Aufstandsgesuch in Badajoz bereits sein Ende gefunden. Die Aufständischen seien zum Theil gefangen, zum Theil über die portugiesische Grenze geflohen, und die gegen dieselben abgeordneten Truppen hätten den Befehl erhalten, nach Madrid zurückzukehren. Die „N.-Z.“ bemerkt dazu: Die Schnelligkeit, mit welcher der Aufstand der elfshundert Badajozener Republikaner sich abgespielt hat, ist überraschend, er läßt der Beforgnis Raum, der hintende Vortritt möchte nachkommen.

Deutschland.

(Hofnachrichten.) Kaiser Wilhelm hat, wie telegraphisch gemeldet wird, am Dienstag Nachmittag 1 1/2 Uhr im besten Wohlsein Gastein verlassen und bei freundlicher Witterung die Reise nach Salzburg angetreten. Kurz vorher hatte sich die Großherzogin von Sachsen-Weimar von dem Kaiser verabschiedet. Bei der Abreise hatten sich die Honoratioren des Kurortes und die dort zur Kur weilenden Fremden von Distinktion vor dem Badefloße eingefunden, dieselben wurden vom Kaiser mit huldvollen Ansprachen beehrt; bei der Fahrt durch den Ort wurde der Kaiser überall mit Hochrufen begrüßt. — Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ veröffentlicht Folgendes: Am 26. October d. J. kehrt zum fünfundsanzigsten male der Tag wieder, an welchem Sr. Majestät der Kaiser und König in Veranlassung der schweren Erkrankung Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV. die Regenschaft über den preussischen Staat übernahm. Von einer festlichen Begehung dieses in der Geschichte Preussens und Deutschlands epochenmachenden Tages wird auf Befehl Sr. Majestät Abstand genommen werden. Unserem Kaiser bedeutet der Tag seines Regierungsantritts zunächst die schmerzliche Erinnerung an das Jahre lange Siechtum seines königlichen Bruders und an eine Zeit schwerer Heimfuchung des königlichen Hauses, deren Gedächtnis festliche Veranstaltungen ausschließt. — Sr. Majestät der Kaiser und König hat, wie wir vernehmen, die Verwaltungsgesetze allerhöchst vollzogen, dieselben sind mit allerhöchster Unterschrift aus Gastein bereits Mitte voriger Woche in Berlin angelangt. Das Organisationsgesetz trägt als Tag der Vollziehung das Datum des 30. Juli, das Zuständigkeitsgesetz das Datum des 1. August. — Im Marmpalais bei Potsdam hatte Prinz Wilhelm am Montag Nachmittag ein Galabiner veranstaltet, zu welchem außer dem Kronprinzen nur Offiziere der Garde-Artillerie geladen waren. Nach beendeter Tafel wurde der königliche Dampfer „Alexandria“ besetzt und auf demselben eine Rundfahrt durch die Havellens unternommen. Am Abend fuhr der Prinz nach Berlin, übernahm in königlichen Schlosse und nahm Dienstag Vormittag an einer Feldübungsübung der Artillerie Theil, nach deren Beendigung er mittags wieder nach Potsdam zurückkehrte.

(General der Cavallerie v. Tümpeling), kommandirender General des 6. Armee-corps, welcher schon seit längerer Zeit leidend ist, hat Sr. Majestät dem Kaiser sein Abschiedsgesuch eingereicht, dessen Genehmigung in den nächsten Tagen zu erwarten steht. Ludwig Karl Kurt Friedrich Georg Wilhelm v. Tümpeling ist am 30. December zu Pasewalk in Pommern geboren, studirte anfangs Jura und vertauschte im Jahre 1830 seine Laufbahn mit der Militärcarriere. Beim Regiment der Garde-du-Corps eingetreten, avancirte v. Tümpeling nach fast zweijähriger Dienstzeit zum Secondlieutenant, wurde 1842 Hauptmann, 1848 Major, 1853 Oberlieutenant, 1855 Oberst, 1858 Generalmajor, 1863 Generalleutenant, am 30. October 1866 kommandirender General des 6. Armee-corps und erhielt schließlich am 22. März 1868 die Ernennung zum General der Cavallerie. Hervorragende Verdienste hat sich General v. Tümpeling im Feldzuge in Babel als General-Stabsoffizier bei der Division v. Hanneken, im Feldzuge gegen Dänemark als Commandeur der 3. mobilen Infanterie-Division, im Feldzuge gegen Oesterreich, wo er

im Gefecht bei Gitschin während der Erstürmung des Dorfes Brada-Bohusch verwundet wurde, und schließlich im letzten Kriege gegen Frankreich, in welchem er als Commandeur des 6. Corps die Belagerung von Paris und die Gefechte im Süden der französischen Hauptstadt mitmachte, erworben.

(Affäre Kratzewsky.) In Uebereinstimmung mit dem ersten Staatsanwalt beim Berliner Landgericht I hat, wie die National-Zig. erfährt, der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, Landgerichtsrath Brausewetter, beschloffen, den polnischen Dichter Dr. v. Kratzewsky gegen Kaution aus der Haft zu entlassen, gleichzeitig ist aber die Obervorteilung des Angeklagten durch die Dresdener Polizeibehörden angeordnet. Dr. von Kratzewsky ist, nachdem sein Verteidiger die geforderte Kaution von 30 000 Mk. hinterlegt hat, am 7. d. aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen und in Begleitung eines höheren Polizeibeamten nach seiner Villa bei Dresden abgereist.

(Tong-King-Sing.) Der am Montag in Berlin eingetroffene außerordentliche chinesische Gesandte, ist von dem hiesigen chinesischen Gesandten Li-Fong-Pao begleitet, auf einige Tage nach Stettin gegangen. Es scheint danach, als ob der Zweck seiner Hierberkunft, über welchen verschiedene Versionen circulirten, ausschließlich mit den Schiffbauten zusammenhängt, die in Stettin für Rechnung Chinas ausgeführt werden.

(Wahlresultat.) Nach amtlicher Feststellung sind bei der Kieler Wahl im Ganzen 22 973 Stimmen abgegeben worden, hiervon erhielt Prof. Hänel (Fortfchr.) 13 243, Heinzel (Soz.) 8830.

(Die Nachricht von dem Cholerafall auf Krautsand), die wir gestern nach einem uns zugegangenen Telegramm brachten, hat bis jetzt keine Bestätigung gefunden. So bestimmt sie daher auch auftrat, es dürfte doch wohl anzunehmen sein, daß sie auf einem Irrthum beruht. Baldige Auskunft darüber von berufener Seite wäre gewiß sehr wünschenswerth.

(Der Gewerkvereins-Angelegenheit) bringt die „Nat.-Zig.“ nachstehende Erklärung: „Gegenüber dem verbreiteten unbegründeten Gerüchte, daß die (Hirsch-Duncker'schen) Gewerkvereine („Arbeiterkassen“) seit langer Zeit mit einer Unterbilanz arbeiten sollen, hält es der unterzeichnete Generalrath für seine Pflicht, zur Widerlegung dieses Gerüchtes nachstehende Zusammenstellung des Vermögensstandes, sowie der Leistungen — und der Ausbreitung des Gewerkvereins der deutschen Tischler und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Duncker'scher Richtung) der Deffentlichkeit zu übergeben. I. Gewerkevereinskassen: Am Schlusse 1882 Gesammtvermögen 54 375,43 Mk., Mitgliederzahl 3650. Im Jahre 1882 Netto-Einnahme 42 500,54 Mk., Gesamtausgabe 31 548,23 Mk. Im Jahre 1882 trugen die Verwaltungskosten 4 108,22 Mk. II. Kranken- und Begräbniskasse: „Eingekleidete Hilfskasse“: Am Schlusse 1882 Gesammtvermögen 27 255,88 Mk., Mitgliederzahl 3444. Im Jahre 1882 Netto-Einnahme 60 605,46 Mk., Gesamtausgabe 55 808,24 Mk. Die Verwaltungskosten betragen 6 000,43 Mk. Die Gesamteinnahme dieser Kasse seit deren Eröffnung (1. April 1877) betrug 299 769,46 Mk., ihre Gesamtausgabe 272 513,58 Mk. Von dieser Gesamtausgabe entfallen für bezahltes Krankengeld 226 946,81 Mk., für bezahltes Begräbnisgeld 18 390 Mk., in Summa 245 336,81 Mk. — Berlin, 7. August 1883. Der Generalrath des Gewerkvereins der deutschen Tischler und verwandten Berufsgenossen, F. Sigelkow, Vorsitzender. G. L. Wuff, Generalsekretär.“

(Deutscher Handel in Spanien.) Dem neuesten Bericht des österreichisch-ungarischen Konsulats in Barcelona entnehmen wir über den Aufschwung des deutschen Handels in Spanien, „dem es geradezu gelungen ist, England fast ganz zu verdrängen und Frankreich, sowie Belgien die wesentlichsten Nachteile zuzufügen,“ folgende Bemerkungen über die Ursache dieser glänzenden Ergebnisse: „Ein förmliches Netz deutscher Kommissonäre ist heute über das Land gebreitet und es giebt fast keine noch so kleine Stadt, wo sich

nicht ein deutscher Handelsmann niedergelassen hätte, der natürlich seinem Vaterlande als Vertreter dient. Dazu kommt ein fliegendes Corps von Reisenden, welche die Halbinsel nach allen Richtungen hin durchstreifen, allenfalls den Geschäft und die Bedürfnisse der Konsumenten durchsuchen und bemüht, den Produzenten zu veranlassen, sich demselben anzupassen. Endlich die regelmäßige und billige Dampferverbindung mit dem großen Exportplatz Hamburg, die es den Verkäufern ermöglicht, auf Tag und Stunde den Bedarf dessen und jeder neuen sich darbietenden Konjunktur Rechnung tragen zu können.“ Und da sollte die Regierung sich noch besinnen, den Reichstag bezugs Erleichterung des deutsch-spanischen Handelsvertrages einzuberufen?

Cholera in Aegypten.

Kairo, 6. August, abends. Während der letzten 24 Stunden bis heute früh 8 Uhr sind hier 111, im Lager von Helwan 3, in El Bahari 1, in der Provinz Garbich 148, in Behera 14 in der Provinz Charich 48, in Ghieh 48, in Minieh 40, in Minieh 58 und in den übrigen Provinzen zusammen 64 Personen an der Cholera gestorben.

Provinz und Umgegend.

† In Neustadt-Magdeburg beabsichtigt dem Vernehmen nach die Stadtbehörde das dem Commune gehörige Hafenterrain auf längere Dauer an eine Gesellschaft zu verpachten, welche das Duailanlagen in großartigem Maßstabe herstellen will. Die Vorverhandlungen sind dieselben im Gange.

† In Delitzsch sind eine Anzahl Bürger zu einem „Comité zur Errichtung eines Denkmals für Schulge-Delitzsch in Delitzsch“ zusammengetreten und erlassen unterm 3. d. M. einen Aufruf, in welchem sie um Beirathung zu dem gedachten Zwecke bitten. „Die Stadt Delitzsch“, heißt es darin, „ist die Geburtsstätte der Genossenschaft und die Errichtung eines Denkmals des Gründers derselben, an der Stätte ihrer Geburt, muß für sie das Nächstliegende, muß Ehrenpflicht sein.“ Mag ein großartiges Nationaldenkmal Schulge's in der Reichshauptstadt seinen unersetzten Verdiensten entsprechend sein, der erste Schritt der Erinnerung und der Dankbarkeit an und für das großartige Werk der Association auf weltanschaulichem Gebiete gehört nach Delitzsch. „Eingebungen sind an den Redanten des Vorworts des Vereins, Herrn R. Fleischer, zu richten.“

† In Waltershausen ereignete sich acht Tagen bei Gelegenheit der Abhaltung der Bogelschießens das Unglück, daß der mit der Lösung der Böllerschüsse beauftragte Arbeiter Wagner aus Waltershausen beim Abproben durch Zerspringen der Kanone getödtet wurde. Wagner erzählt, derselbe habe die kleine Kanone erst am Morgen mit nicht geringer Pulvermasse und Patronen geladen.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 9. August 1883.

** Die Verordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen von Woff über die Genehmigung der Sonntagsruhe wird, wie wir aus guter Quelle vernehmen, nicht aufgehoben werden, sondern der Oberpräsident wird demnach die Rückzug insofern antreten, als er eine Erläuterung der Verordnung erlassen wird, wonach nur die öffentliche Feiertage und Ausstellen von Waaren nicht aber der Geschäftverkehr in den Läden vom Verbot betroffen wird.

** Manchem Passanten des königl. Schloßgartens wird es sicher schon aufgefallen sein, daß sich auf dem Rasen in der Nähe der dortigen Badeanstalt sogen. Schleifwege befinden, die aus nicht zur Verschönerung der Anlagen bezweckten. Nach der Ursache dieser Veranstaltung wurde uns die Mitteilung, daß sich neuerdings die Unsitte eingebürgert hat, den Schloßgarten mit allerhand Lasten, z. B. hochbelegten Körben voll Spähne, Gras, Heu, Stroh u. dergl. voll zu packen; dazu gesellen sich Trupps von Männern mit Hacken, Schippen, Angeln und anderen

Zur Einweihung
meines neu eingerichteten *Speisehauses*
Schmalestraße Nr. 7,
Donnerstag den 9. d. M., abends 7 Uhr,
lade ich ein hochgeehrtes Publikum von Merseburg ganz ergebenst ein.
Speise-Karte.
Bouillon.
Fricassé von Luhn.
Kind- und Gänsebraten.
Süße Speise mit Feuerwerk.
Hochachtungsvoll **E. Kumerf,**
Mundkoch.

Grube „Paul“ von A. Riebeck, Ludenau.
Briquettes
und Presskohlensteine
von anerkannt intensivster Heizkraft und sonstig vorzüglichster Beschaffenheit liefere in jedem Quantum sowohl ab **Werk, Babnhof** hier, oder frei bis in das Haus **prompt und billigst.** — Mit Proben stehe gern zu Diensten.
Heinrich Schulze, Kl. Ritterstr. 17.

Die Kohlenhandlung von Max Thiele
empfehl
Werschen-Weissenfeler Presskohlensteine,
A. Riebeck'sche Briquettes (Grube Paul)
und beste **Böhmische Braunkohlen**
zu den **billigsten Sommerpreisen** bei **promptester Lieferung.**

Möbeltransporte
von A. Duysing, Merseburg, Neum. 67.
Wagen
und Pferde
zu jeder Größe übernimmt unter
Zusicherung prompter Bedienung
zu möglichst billigen Preisen.

Die Kohlenfabrik von C. Traeger
hier am **Neumarkt**
empfehl ihre **Nasspresskohlensteine** in bester Qualität und guter Heizkraft zu **soliden Preisen:**
pro Wille frei in das Haus **Mk. 10,50,**
ab Trockenschuppen **Mk. 9,50.**
Reelle und prompte Bedienung.

Turner-Hüte,
à Stück **4 Mk.,** empfehl
C. Berger, Kl. Ritterstraße.
Gleichzeitig empfehl **Reichsacht-Hüte** mit dem Bildniß des Begründers.

Gutskauf.
Ein Gut von **80 bis 100 Morgen** Feld wird von einem zahlungsfähigen Käufer gesucht. Selbstverkäufer können sich schriftlich oder mündlich an mich wenden.
A. Hauptmann,
Ammendorf.
Ein **Wogts, Stube, Kammer und Küche,** ist zu vermieten
Preuckerstraße 8.

Eine **Stube** mit **Bubehör** wird für den Preis von **20—24 Thaler** von 2 einzelnen Leuten gesucht. Zu erfragen in der **Exped. d. Bl.**
Eine **Schlafstelle** offen
Burgstraße 8, Hinterhaus links.
Eine **sehr möblierte Stube** mit **Schlafkabinett,** in gesunder Lage, ist zu vermieten und jederzeit zu beziehen. Zu erfragen in der **Exped. d. Bl.**

Redaction, Druck und Verlag von **L. Höpner** in Merseburg.

Kauf-Gesuch.
Ein auch zwei gut dressirte Hunde, deutsche **Wachbraun** oder **dunkel getigert,** für in jeder Beziehung werden zu kaufen gesucht. Offerten unter **Jagdhand** in der **Exped. d. Bl.** niederzulegen.

Logis-Vermiethung.
Unteraltendurg 43 ist das herrliche Logis mit allem Zubehör, welches Herr **Bankrott** u. **W. Schönbach** hat, anderweit im **Gaun** oder getheilt zu vermieten und **1. October** zu beziehen; auch kann **Verkauf** dazu abgegeben werden.

Eine **freundlich möblierte Stube** ist zu vermieten und sofort zu beziehen
Brauhausstrasse Nr. 7, 1 Trede hoch.

Es werden **schwere Lastfuhrer,** ein- und zweispännig, sowie **Weschkufren** im guten halbverdeckten **Wagen** zu jeder Zeit ausgeführt
R. Ebeling, Schmalestraße 17.

Zur guten Quelle.
Fortwährend **kal in Gelas,** auf **Eis** frisch erhalten
empfehl
F. Beyer.

Täglich frischer Kalk
Breitstraße 13, vis à vis der früheren Hof.
Albert Kayser.

Die Cigarrenfabrik von B. Schmidt & Co.
in **Halle a/S.**
empfehl eine **größere Partie** abgelagerte **Cigarren** alte **Bacon** zum **billigen Preise.** (B. 6014 H.)

für die Kaiserlage
Portraits Sr. Majestät des Kaisers und des Kronprinzen
in **Photographie** auf **Glas** — der **eleganteste** **Zimmerschmuck** — **Preis** hochsein in **Außen** **gerahmt à 24 Mark** in
P. Steffenhagen's
Buchhandlung,
Kalenzahlung monatlich 6 Mark.

Aufruf an die hiesige Bürgerchaft
Am **12. d. M.** wird in unserer **Stadt** des **11. nord** **ostfährtingische** **Gauturnfest** abgehalten werden, zu welchem eine **größere Anzahl** auswärtiger **Turner** hieselbst ein treffen wird.
An die **berechtigten Mitbürger** richten wir deshalb die **herzliche Bitte,** unsere **Gäste** auch als die **übrigen** **Freunde** **und gastfreundliche** **Empfänger,** insbesondere aber die **Straßen** **und Häuser** der **Stadt** **festlich** **schmücken** zu wollen.
Da unsere **Bürgerchaft** bei **derartigen Gelegenheiten** stets ein **warmes Interesse** bekundet hat, so **hoffen** wir auf **freundliche** **Gewährung** unserer **Bitte.**
Merseburg, den 8. August 1883.
Der Central-Festauschuss,
L. Bethmann, W. Kops, Artus, Schnepf, Bernhardt, Seydewitz, Voemel, C. Hoffmann, E. Wenzel

Zur Constatuirung des Vereins
ehemaliger städtischer Feuerwehrleute
werden die **ehemaligen Kameraden** ersucht, sich **gehilflich** am **20. August** **et., abends 8 Uhr,** im **Restaurant** **Unke** **recht zahlreich** einzufinden.
Active **und Uniformirte** sind **selbstverständlich** **erwartet.**
Das Comité.

„Deutscher Hof“
Heute **Nachmittag** und **Abend**
Söhnchen- und Entenaußlegeln.

Feldschlößchen.
Donnerstag den 9. August, von **abends 8 Uhr**
Concert,
wogu **freundlichst** **einladen**
J. Krumbholz **und** **Kriehler.**

Wer als **Nebenbeschäftigung** täglich **1—2 Stunden** **Comptorarbeit** übernehmen will, wolle sich melden
Karlstrasse 8.

Ein **tüchtiger Färbegesse,** **Demarbeiter,** wird gesucht
Zu erfragen in der **Exped. d. Bl.**

Anfrage.
Würde das **Comité** des zu **gründenden Vereins** **ehemaliger städtischer Feuerwehrleute** geneigt sein, **einige** **gediegene Kräfte,** welche **nach** **nicht** **zur** **Feuerwehr** **gehoben,** **einkommen** **als** **passive Mitglieder** **aufzunehmen?**
Ein **kleiner Kinderstuh** ist **verloren** worden.
Zugeben
Woytelstraße Nr. 2.

chaftzula
1879: 1506
2062
heren zu
den Totschläger
der ordentlichen
ich die Dridel
erte erhält son
lichen Jahresber
bezieht von da
günstigen Bedin
elbst, sowie dera
ul Kindreich
obert Ferdinand
age,
von Anhalt.
12,
Neuheiten
Journal in
be.
Originalmanu
Häktel, Fikt,
Kleine Ausgabe
in Heft in elega
urten Titel, enthal
Beilage mit
Illustrationen
vierteljährlich 48
dungen und Post
EBHARDT
Casino
8. August
Uebung
una des Betri
Händler
igen Kamerade
et, abend 8 U
ich einbringen
formierte und
Händler
e Erbe, h. 20.
verfügt, im Fern
auf dem Don ge
der Reichs, in
trich ist ein
Abjeholen ge
über Hund ist
Erhaltung von
mit Fatah
Breitkreise
s. 21 auf
immermünd, d
angen, Der
ung beim
lesen.
in Domb
tügen Tage
geben, die
leiber zum

Merseburger

Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Redaktion: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

M 155.

Donnerstag den 9. August.

1883.

Der Handelsvertrag mit Spanien und die Reichsverfassung.

Herr Bismarck ist, seit er sich zu der Schutzpolitik bekehrt hat, prinzipiell kein Freund mehr von Handelsverträgen. Er ist der Meinung, daß einer der beiden vertragschließenden Theile immer der Betrogene sei, und wer dies sei, stelle sich oft erst nachträglich heraus. Wir meinen nun zwar, daß dies nicht richtig ist, daß vielmehr jede Erleichterung des Verkehrs beiden Theilen zu gute kommt. Daß dies der Fall, dafür ist schon ein Beweis, daß seit dem Abschluß des ersten Conventionaltariffs mit Meißbegünstigung alle Culturstaaten, welche sich diesem System angeschlossen haben, ein vorher kaum geahntes Aufblühen ihrer Industrien und ihres Handels erlebt haben. Wäre aber jene Auffassung des Herrn Bismarck richtig, so würde bei dem vor wenigen Wochen zum Abschluß gelangten Handelsvertrag mit Spanien jedenfalls Deutschland der Betrogene Theil sein. Denn Deutschland hat Spanien gegenüber weit größere Concessionen machen müssen, als diejenigen sind, zu denen sich Spanien verhalten hat.

Nach unserer grundsätzlichen Auffassung wird, wie gesagt, der Handelsvertrag mit Spanien, trotzdem wir manche Bestimmungen desselben anders gewünscht hätten, nicht nur für Spanien, sondern auch für Deutschland von Vortheil sein. Für eine Anzahl von Industrien war derselbe durchaus notwendig, nachdem einige andere Länder mit Spanien besondere Verträge abgeschlossen und für ihre Industrie wesentliche Herabsetzungen des spanischen Generaltariffs erzielt hatten. Jene spanischen Industriezweige, welche sich in Spanien ein gutes Abfahrgeld errungen haben, würden vielleicht einbüßen, wenn sie längere Zeit durch dort höhere Eingangszölle bezahlen müßten, als ihre Concurrenten. Nun der Vertrag, welcher vor diesem Schicksal bewahrt, zu Stande gekommen, ist es darum auch sehr natürlich, daß er nach dem möglichst schleunigen Inkrafttreten selber sich sehnen. Es giebt sogar Stimmen, welche fordern, daß der Vertrag von der Reichsregierung in Kraft gesetzt werde, ohne daß der deutsche Reichstag vorher seine verfassungsmäßig unbedingt erforderliche Zustimmung gegeben hat. Das ist jedoch eine ganz ungeheuerliche Zumuthung, welche nicht stark genug zurückgewiesen werden kann.

So wichtig die Interessen der Industrie sein mögen, welche hier in Frage kommen; die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes und seiner Vertreter müssen uns höher stehen als sie. Die Forderungen einzelner Industriezweige sind tief zu beklagen, aber sie erreichen nach kürzerer oder längerer Zeit ein Ende; ist aber um bestimmter Interessen willen die Verfassung gebeugt, so ist es verhängnißvoll für unsere ganze Zukunft. Wenn nun das Recht der Vertretung des deutschen Volkes in diesem Falle unbeachtet gelassen, so kann dies und wird wahrscheinlich auch in Zukunft geschehen.

Wenn die Reichsverfassung einen Artikel enthält, welcher das vorläufige Inkrafttreten von Verträgen in Ausnahmefällen ermöglichte — die Reichsverfassung enthält bekanntlich eine solche Bestimmung — so ließe sich gegen den vor-

geschlagenen Modus auch in diesem Falle nicht viel einwenden. Die Reichsverfassung enthält aber eine solche Bestimmung nicht, es ist nach ihr zu jedem Gesetz, zum Inkrafttreten jedes Vertrages die Zustimmung vom Bundesrath und Reichstag erforderlich; die Verfassung giebt nirgend die geringste Handhabe dazu, daß hiervon in einzelnen Fällen abgesehen werden könnte. Das Inkrafttreten des Vertrages mit Spanien wäre einfach ein Verfassungsbruch, und auch die Gegner der augenblicklichen Politik werden ihr einen solchen nicht zutrauen.

Es giebt nur einen Weg, den Handelsvertrag mit Spanien schon in alternäthcher Zeit in Kraft treten zu lassen. Das ist die Einberufung von Bundesrath und Reichstag. Das Betreten dieses Weges würde für die überarbeiteten Parlamentarier wie für manche Mitglieder der Bundesregierungen sehr unangenehm sein. Dieser Uebelstand ist recht groß; aber er ist sehr klein gegenüber der Frage, ob, um ihn zu umgehen, ein Verfassungsbruch begangen werden sollte.

Wie weit wir schon gekommen sind, ersehen wir daraus, daß Correspondenzen und Blätter, welche als offiziös gelten, der Reichsregierung bezüglich des spanischen Handelsvertrages Absichten zu schreiben, welche den Verfassungsbruch involviren würden, ja diesen als etwas Selbstverständliches hinstellen. Wo — sagen sie — so wichtige Interessen auf dem Spiele stehen, da kann das „formale“ Recht des Reichstags kein Hinderniß sein. Ja selbst angeblich „liberale“ Correspondenten giebt es, welche jene Verleumdung der Reichsregierung einfach nachsprechen, ohne ein Wort des Vorbehalts hinzuzufügen.

Man mag sich wundern, daß die deutsche Presse, welche die d

U

Anst

haben einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Wie aus Prag telegraphisch gemeldet wird, hat der böhmische Landtag den Kommissionsantrag betreffend die Wahlreform nach lebhafter Debatte mit allen

Stimmen gegen die Stimmen der deutschen Linken genehmigt. Die von den Tschechen gewünschte Wahlreform, mit deren Ausarbeitung jetzt der tschechische Landesausschuß betraut werden soll, bezweckt bekanntlich die Deutschen in Böhmen in ein annähernd gleiches Verhältnis zu den Tschechen zu bringen, wie es in Galizien zwischen Ruthenen und Polen besteht. Der scheidungskommissarische Grundbesitz, welcher etwa 20 Stimmen zählt, soll das Recht haben, 16 Abgeordnete zu wählen, der scheidungskommissarische soll in fünf Gruppen zertheilt werden, und zwar derart, daß die Tschechen und Feudalen stets einer Zweidrittelmajorität sicher wären, der Wahlsensus soll herabgesetzt und schließlich sollen durch eine neue Wahlkreisgeometrie in den gemischtsprachigen Bezirken den Tschechen einige neue Sitze erobert werden. Damit hoffen die Tschechen in den Besitz der Dreiviertel-Majorität im Landtage zu kommen, welche über die Verfassung souverän beschließen könnte.

Rußland giebt wieder einmal Veranlassung, von „Krieg in Sicht“ zu reden. Die Erweiterungsarbeiten der Festungen in Rußisch-Polen, welche im vergangenen Jahre in Angriff genommen worden sind, schreiten mit Riesenschritten vorwärts. Die Festung Warschau erhält nicht weniger als 16 neue Forts; ferner werden erweitert die Festung Mowlin um 8, Zwangrod um 6 und Brzesk Litewski ebenfalls um 8 Forts. Große Aufmerksamkeit wendet die russische Regierung auch den Eisenbahnen im Königreich Polen zu strategischen Zwecken zu. Neben den in den letzten Jahren errichteten Strecken sollen in nächster Zeit noch neue Strecken errichtet werden, durch welche es ermöglicht werden soll, die Kriegsmacht im Königreich möglichst schnell nach verschiedenen Orten hin zu concentriren. Die gesammte Heeresmacht in Rußisch-Polen beträgt gegenwärtig über 80 000 Mann, eine Zahl, wie sie seit Jahrzehnten hier nicht bestanden. Kein Wunder daher, wenn in den verschiedenen Kreisen Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg austauschen, die indes, wie wir glauben, eben so schnell wieder verschwinden werden.

England denkt nicht daran, Aegypten so bald wieder zu räumen. In Beantwortung mehrerer Fragen erklärte Gladstone am Montag im Unterhause, es habe sich nichts an den wiederholt ausgesprochen Ansichten der Regierung, betreffend ihre Politik in Aegypten, geändert. Sie habe den fremden Mächten nie eine bestimmte Frist für den Rückzug der Truppen aus Aegypten angegeben, aber die fremden Mächte kannten genau die allgemeinen Absichten der Regierung, deren Mittheilung unter gehöriger Berücksichtigung der Umstände nicht als bloße Benachrichtigung für dieselben, sondern als Zusage der englischen Regierung angesehen werden könne. Unser Wunsch ist, daß unserer Einmischung in die ägyptischen Verhältnisse dauernde Zustände folgen; unser Ziel besteht nicht nur darin, augenblicklich die Ruhe zu sichern, sondern auch die Gefahr zukünftiger Störungen abzuwenden. Der Ausbruch der Cholera hat das Werk der Reorganisation verzögert und verhindert mich, auf einen baldigen Rückzug der Truppen zu hoffen. Wenn wir Aegypten verlassen, müssen wir ein festes Gebäude als das von Arabi gestürzte zurücklassen.

